

Klagegründe und wesentliche Argumente

Erster Klagegrund: Mit dem angefochtenen Beschluss werde eine Zuständigkeit der Mitgliedstaaten bejaht, was gegen Art. 3 AEUV verstoße, da die Verhandlungen ein Abkommen betreffen, das in die ausschließliche Zuständigkeit der Union falle.

Zweiter Klagegrund: Verstoß gegen Art. 207 Abs. 3 AEUV und Art. 218 Abs. 3, 4 und 8 AEUV, da der Rat in einer Angelegenheit, die in die Zuständigkeit der Union falle, Mitgliedstaaten zu „Verhandlungsführern“ ernannt habe und den angefochtenen Beschluss nicht mit der erforderlichen Mehrheit erlassen habe.

Rechtsmittel, eingelegt am 21. Juli 2015 von John Dalli gegen das Urteil des Gerichts (Dritte erweiterte Kammer) vom 12. Mai 2015 in der Rechtssache T-562/12, John Dalli/Europäische Kommission

(Rechtssache C-394/15 P)

(2015/C 311/46)

Verfahrenssprache: Englisch

Parteien

Rechtsmittelführer: John Dalli (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte L. Levi und S. Rodrigues)

Andere Partei des Verfahrens: Europäische Kommission

Anträge

Der Rechtsmittelführer beantragt,

- sein Rechtsmittel für zulässig zu erklären;
- das angefochtene Urteil aufzuheben;
- die angefochtene Entscheidung für nichtig zu erklären;
- die Zahlung von einem symbolischen Euro als Ersatz für seinen immateriellen Schaden und eines vorläufig mit 1 913 396 Euro bezifferten Betrags als Ersatz für seinen materiellen Schaden anzuordnen;
- der Kommission die Kosten aufzuerlegen.

Rechtsmittelgründe und wesentliche Argumente

Zur Stützung seines Rechtsmittels macht der Rechtsmittelführer folgende Gründe geltend:

- Erster Rechtsmittelgrund: Das Gericht habe durch Änderung des Streitgegenstands *ultra petita* entschieden.
 - Zweiter Rechtsmittelgrund: Begründungsmangel.
 - Dritter Rechtsmittelgrund: Verfahrensverstoß, durch den die Interessen des Rechtsmittelführers, u. a. seine Verteidigungsrechte, beeinträchtigt würden.
 - Vierter Rechtsmittelgrund: Verschiedene Verfälschungen von Tatsachen und Beweisen.
 - Fünfter Rechtsmittelgrund: Beanstandung der Auslegung oder Anwendung des Unionsrechts durch das Gericht.
-